

Der Maler

Zeitschrift des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Erscheint Sonnabends. Bezugspr. 3 M., u. Anz. 4 M. vierteljährlich. Schriftl. u. Geschäftsst.: Hamb. 36, Alster-Terrasse 10. Ffpr.: Nordsee 8246. Postsch.: Vermögensverw. d. Verb. Hamb. 11598

45. Jahrgang

Hamburg, 24. Oktober 1931

Nummer 43

Malergewerbe und Wirtschaftskrise

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland nimmt zu, wenn auch erfreulicherweise bisher nicht in dem von vielen befürchteten Tempo. Niemand kann aber zur Zeit übersehen, wie sich die Verhältnisse in den nächsten Wochen und Monaten gestalten werden und mit welcher Schnelligkeit das Heer der Arbeitslosen anschwillt. Nur das dürfte feststehen, daß die Zahl der unfreiwillig Feiernden in den kommenden Monaten bedeutend größer sein wird als im letzten Winter.

Von unsern Kollegen sind nach unsern letzten Erhebungen 72,4 % arbeitslos; eine Prozentzahl, die an die schlimmste Zeit des Inflationswinters 1923/24 erinnert. Da die Höchstzahl der Arbeitslosen in unserm Gewerbe erfahrungsgemäß erst im Januar erreicht wird, dürfte der Prozentsatz noch wesentlich höher werden.

Mit banger Sorge sehen die Kollegen deshalb der Zukunft entgegen. Was soll geschehen? Wo ist ein Hoffnungsschimmer? Soll das Leben ohne Arbeit mit fargen Unterstellungen ein Dauerzustand werden? Oder wird das nächste Frühjahr die schon lang ersehnte Besserung der Wirtschaftslage bringen? Leider kann niemand diese Fragen eindeutig beantworten, selbst die besten Volkswirtschaftler werden mit sehr vorsichtig eine Prognose des Wirtschaftsverlaufs in den kommenden Monaten stellen. Und doch besteht Einigkeit darüber, daß die Verhältnisse, so wie zur Zeit, nicht bleiben können, daß vielmehr alle interessierten und verantwortlichen Kräfte versuchen müssen, einen Weg aus den heutigen furchterlichen Zuständen zu finden, wobei den Arbeitnehmern eine große Aufgabe zufällt.

Die Regierung Brüning hofft mit der dritten Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 6. Oktober mit die Wege zum Aufstieg der Wirtschaft geebnet zu haben. Die Gewerkschaften interessiert darin besonders der Abschnitt über die Möglichkeiten zur Verkürzung der Arbeitszeit. Um den Wünschen der Gewerkschaften entgegenzukommen, wurde nun zu den Bestimmungen aus der Verordnung der Reichsregierung auf Grund der zweiten Verordnung des Reichspräsidenten vom 5. Juni 1931 ein Erlaß der Durchführungsbestimmungen zur Einschränkung der Arbeitszeit vom 30. September 1931 herausgegeben. Wie weit dieser dazu angeht, die Forderungen der Arbeitnehmerorganisationen zu verwirklichen, ist im Augenblick noch schwer zu übersehen, doch hat es den Anschein, als wenn die Regierung mit Rücksicht auf die Unternehmerwünsche auch die Durchführungsbestimmungen allzu kaufmännisch gestaltet hätte. Es muß deshalb wohl damit gerechnet werden, daß der Verkürzung der Arbeitszeit beziehungsweise Einführung der 40-Stunden-Woche auch weiterhin große Schwierigkeiten entgegenstehen.

Der vierte Teil der Notverordnung vom 6. Oktober enthält einschneidende Veränderungen auf dem Gebiete des Wohnungswesens. Die Hauszinssteuer wird vom 1. April 1932 an um 20 % gesenkt. Das Reich wird dadurch einen Steuerausfall von etwa 300 bis 350 Millionen Mark erleiden. Die für den Wohnungsbau zur Verfügung stehende Summe wird also erheblich geringer, wogegen aufschärfte protestiert werden muß. Aber uns interessiert nicht nur der Wohnungsbau. Das Malergewerbe hat mindestens in gleicher Weise an den Renovationsarbeiten in den Altwohnungen Interesse. Werden die Hausbesitzer nun

nachdem ihnen ein größerer Teil der Miete verbleibt — denn nicht alle werden die 20 % für erhöhte Zinszahlung brauchen —, mehr Maler- und Anstreicherarbeiten ausführen lassen als bisher? Wenn das geschehen soll, wird dem Malergewerbe, trotz der dadurch entstehenden finanziellen Belastung nichts anderes übrigbleiben, als in Verbindung mit dem Reichsausschuß für Sachwerterhaltung in verstärktem Maße Aufklärungsarbeit zu verbreiten über die Schäden, die durch den Nichtanstrich von Gegenständen, Holz-, Eisenteilen usw. dem Hausbesitzer selbst und der Allgemeinheit entstehen. Bei intensiver Aufklärungsarbeit läßt sich vielleicht ein Erfolg erzielen, so daß wenigstens ein Teil der Kollegen bald wieder Verdienstmöglichkeiten erhält.

Es würde aber schon oft darauf hingewiesen, daß das Malergewerbe in engerer Verbindung mit dem Baugewerbe steht und darüber hinaus mit der gesamten Wirtschaft. Ohne eine Hebung der Gesamtwirtschaftslage ist daher auch nicht mit einer wesentlichen Besserung der Arbeitsverhältnisse im Maler- und Lackierergewerbe zu rechnen. Wir müssen schon aus diesem Grunde alle Bestrebungen unterstützen, die zur Überwindung der Krise beitragen können. Die Gewerkschaften haben gegenüber der Regierung und den Unternehmerverbänden klare Forderungen erhoben, die nach ihrer Überzeugung zu einer Gesundung des Wirtschaftslebens notwendig sind. Jetzt hat auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion eine Reihe Anträge gestellt, in denen sich die Fraktion mit aller Entschiedenheit

gegen die Ausbühlung des Tarifrechts, vielmehr für die Unabdingbarkeit der Tarifverträge einsetzt, gegen die Kartelle und Monopole Stellung nimmt, und für Senkung der Preise mit entsprechenden Vorschlägen aufwartet, besonders aber weitgehende Anträge zum Wohnungsbau und zur Siedlungsfrage stellt. Danach sollen die Erträge der Hauszinssteuer im bisherigen Umfang für den Kleinwohnungsbau verwendet werden, und die Miete der kleinen Neubauwohnungen durch Steuerbefreiung, Zinsstundung, Zinszuschüsse usw. eine Senkung erfahren. Die Verwirklichung dieser Forderungen würden sich auch günstig für das Malergewerbe auswirken. Von entscheidender Bedeutung ist aber auch, daß die Währung stabil erhalten wird, denn bei Störungen auf diesem Gebiete würde die Wirtschaft voraussichtlich ganz zum Erliegen kommen, besonders aber auch der Baumarkt völlig zerrüttet werden.

Der Weg aus der Krise ist zweifellos erst wenig erkennbar, auch im Malergewerbe wird es noch nicht gleich zu normalen Verhältnissen kommen. Dies auch, weil das Maler- und Lackierergewerbe seit Jahren mit Lehrlingen ungeheuer überfetzt ist, die, Gehilfen geworden, auch unter einer besseren Konjunktur kaum alle unterzubringen wären. Aber weder das „Fieber“ Geld der Nationalsozialisten, noch das Geschrei nach Weltrevolution der Kommunisten wird uns aus den Schwierigkeiten heraus helfen. Notwendig ist, dafür zu sorgen, daß die Arbeiterschaft nicht verelendet, damit wenn eines Tages die Krise hinter uns liegt, mit Kraft und Entschlossenheit an das Wiederholen der in der Krise verlorengegangenen Positionen und das weitere Vorstoßen nach neuen Zielen gedacht werden kann. Dazu kann jeder Kollege beitragen, indem er dem Verband die Treue hält und ihm weitere Mitglieder zuführt.

Volkswirtschaftliche Ungereimtheiten in der „Sächsischen Malerzeitung“.

Wir sind es gewöhnt, in der „Sächsischen Malerzeitung“ immer wieder die Behauptung anzutreffen, daß an der ganzen Wirtschaftsmisere lediglich die „hohen“ Löhne schuld seien, ohne daß man sich bemüht, einen plausiblen Nachweis dafür zu erbringen. Ebenso beweislos wird davon gesprochen, daß es dem Arbeiter in dieser Zeit und unter diesem Regime immer noch am besten gehe. Nicht nur auf Verbandstagen, sondern auch in Artikeln superkluger Obermeister und Unternehmerhyndzi wurde daher das Rezept einer Lohnsenkung bis zu 30 % als einzige Rettung angepriesen, dessen Verwirklichung mit einem Schlage genügend Arbeit schaffen würde. Die Bindung, bestimmte Tariflohnsätze zu zahlen, sei der Ruin des Gewerbes.

Wenn wir bisher dazu geschwiegen haben, so deshalb, weil wir der Meinung sind, daß man Obermeister sein kann, ohne etwas von der volkswirtschaftlichen Funktion der Löhne zu verstehen und auch nicht zu wissen braucht, daß, im ganzen gesehen, die Produktivität der Arbeit um viel mehr gestiegen ist als die Reallöhne, und daß schließlich der Lohn- und Gehaltsempfänger auch als Konsument in der Wirtschaft eine wichtige Rolle spielt. Außerdem sind, das Malergewerbe für sich betrachtet, von 60 000 Betrieben 36 000 Kleinbetriebe, die nicht einen einzigen Gehilfen beschäftigen, also Lohnbindungen nicht unterworfen sind, denen es nach der Obermeisterlogik also gut gehen müßte. Klagen diese Alleinmeister aber nicht gerade am allermeisten über schlechte Zeiten? Daß mit dem Wirtschaftsnote ganz andere Ursachen zugrunde liegen müssen als die „verfehlte Lohnpolitik“ der Gewerkschaften, scheint den Herren kein Kopfzerbrechen zu machen. Wir nehmen auch diese in fast jeder Nummer der „Sächsischen Malerzeitung“ wiederkehrende Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse nicht allzu tragisch.

Wehr lohnt es sich, auf einen Artikel des genannten Organs in Nummer 37 vom 13. September 1931 näher einzugehen, in dem man sich unter der Überschrift: „Das muß unser Handwerk erfahren“, auf Ausführungen eines Dr. h. c. K. Rose, Bremen, in den offiziellen

Nachrichten der Industrie- und Handelskammer bezieht. Wieder einmal wird hier die bereits faßsam bekannte und berichtigte, in ähnlichem Sinne übrigens auch von dem nationalsozialistischen „Finanztheoretiker“ Gottfried Feder propagierte Idee der Schaffung einer zweiten Währung, einer sogenannten Inlands- oder Binnenwährung als Allheilmittel anempfohlen und dem oberflächlichen Leser eine bestechend einfache Lösung der Wirtschaftskrise im allgemeinen sowie der Behebung der Nöte des Handwerks in besonderen vorgezaubert.

Trotzdem dieser volkswirtschaftliche Unsinn nicht nur von anerkannten Sachverständigen, sondern auch von jedem einigermaßen volkswirtschaftlich gebildeten Laien als solcher längst erkannt ist, begegnet man diesen überall belächelten Theorien auch jetzt noch in Handwerkerzeitungen. Sieht man sich nun den Vorschlag näher an, so fallen zunächst folgende drei Forderungen ins Auge:

1. Die Wohnungszwangswirtschaft muß beseitigt werden;
2. die Hauszinssteuer ist zu beseitigen und
3. dem Hausbesitz ist in Höhe der kapitalisierten Hauszinssteuer vom Reich zu 5 % eine erste Hypothek zu gewähren in einer neu zu schaffenden Inlands-währung, zu deren voller Deckung eben dieser Gläubigeranspruch des Reiches verpfändet werden soll. Durch die Verzinsung dieser Hypotheken, ebenfalls in Binnenwährung, seitens des Hausbesitzes würde dem Reich die bisherige Einnahme aus der Hauszinssteuer in voller Höhe erhalten bleiben.

Die Hausbesitzerabsichten zu den Forderungen 1 und 2 sind so durchsichtig und bekannt, daß wir sie nur ganz kurz zu erwähnen brauchen. Zu 1 wollen die Hausbesitzer vorerst einmal die Mieten erhöhen und unbeliebte Hausgenossen loswerden. Zu 2 soll die bisher von der Mieter-schaft aufgebrauchte Hauszinssteuer dem Hausbesitz zugute kommen. Ob nun die Forderung zu 3 in ihrem Charakter mehr egoistisch als naiv zu bewerten ist, darüber mögen sich unsere Leser nach vollständiger Kenntnisnahme unserer Ausführungen ein eigenes Urteil bilden.

Das Allheilmittel sieht wie folgt aus: Die Hausbesitzer sollen beim Reich eine Anleihe aufnehmen, damit sie Geld in die Hände bekommen. Daß der Staat aber augenblicklich dieses Geld nicht zur Verfügung hat, wird

anerkannt, und daß das Reich ferner auf die Einnahmen aus der Hauszinssteuer zur Zeit dringend angewiesen ist, wird ebenfalls nicht in Abrede gestellt. Was ist also zu tun? Wenn kein Geld vorhanden ist, so muß eben welches gedruckt werden, was soviel bedeutet, daß neben der bestehenden eine zweite Währung zu schaffen ist. Als Deckung dafür sollen die auf den Hausbesitz zu diesem Zwecke einzutragenden ersten Hypotheken gelten, eine „vollwertige“ Deckung also, daher Inflation ausgeschlossen! Diese Hypotheken werden dem Reich mit 5% verzinst, und so hat einerseits das Reich die erforderlichen Einnahmen anstatt der bisherigen Hauszinssteuer, andererseits haben die Hausbesitzer Varmittel in der Hand und können arbeiten lassen. Die deutsche Wirtschaft erhält somit über den Hausbesitz neuen Kapitalzufluß. Hieraus folgt die Belebung des Baumarktes, Anfurberung der Wirtschaft usw., die Arbeitslosigkeit sinkt beträchtlich — der Stein der Weisen ist gefunden.

Wo liegt nun der grundlegende Fehler dieser Theorie, der Fehler, der all diesen gut klingenden Ansinnen zunichte machen muß? Gehen wir vorerst vom währungstechnischen Standpunkt aus: Es würde allen Erfahrungen widersprechen, wollte man ernstlich glauben, eine Währung, und sei es auch nur eine Binnenwährung, sei durch Hypotheken voll und sicher zu decken. Schon rein gefühlsmäßig ist eine Hypothek an sich ein äußerst problematisches Ding, das durch die jeweilige Konjunktur auf dem Grundstücksmarkt nicht unbeträchtlichen Wertschwankungen unterworfen ist. Sollten es die Befürworter des besprochenen Planes vielleicht für einen Zufall halten, daß der deutschen Reichsbank sowie den übrigen deutschen Notenbanken, die Teilnahme an jeglichen Hypothekengeschäften gesetzlich verboten ist? Das Hauptmoment in der Deckungsfrage aber ist das Fehlen jeglichen wirklichen Wertmaßes, jeglichen bedingungslos anzuerkennenden Wertfundus, wie ihn das Reichsbankgesetz bekanntlich in Gestalt einer Ein Drittel-Golddeckung vorschreibt. Kein Volkswirtschaftler, der seine Wissenschaft ernst nimmt, wird in Abrede stellen, daß derartig leichtfertiges Geld drucken auf Grund so zweifelhafter Sicherheitsmomente zwangsläufig zur Inflation führen muß. Einfaches Notendruck ist nun einmal keine Kapitalbildung, es ist deshalb eigentlich müßig, noch weitere währungswissenschaftliche Argumente gegen diesen famosen Geldbeschaffungsplan heranzuziehen. Selbst dem einfach gebildeten Manne muß der Gedanke nahe liegen, daß, wenn das Geldmachen so einfach wäre, es doch der Schaffung einer zweiten Währung nicht bedürfte. Wenn diese Währung ebenso sicher und ebenf. gegen inflationistische Einflüsse geschützt sein soll wie unsere derzeitige Reichsmark, warum sollte dann nicht die Reichsbank selbst die erforderlichen Zahlungsmittel in Reichswährung auf Grund hypothekarischer Deckung zur Verfügung stellen? Mit dem Plan einer zweiten Währung würde man nur der Dogmatik eines Gottfried Feder — gewollt oder ungewollt — und seiner kapitalistischen Hintermänner entgegenkommen. Die breite Masse des Volkes gedenkt man mit einer Binnenwährung, die trotz ihrer Inflation anheimfallen muß, zu beglücken, während das Großkapital im Besitz der guten Reichsmark seine einträglichen Geschäfte machen würde. Ist es nicht bezeichnend, daß man dem ausländischen Großlieferanten, dem kapitalistischen Klassengenossen also, ein solches, zumindest verwässertes Zahlungsmittel nicht anzubieten wagt, während man den deutschen Arbeiter, den „Volksgenossen“, damit ohne Bedenken abpeisen zu können glaubt?

Nehmen wir nun einmal an, das Reich oder eine neu zu gründende Notenbank druckt neben der jetzt bestehenden Goldwährung 10 Milliarden neues Geld und stellt diese Summe dem Hausbesitz gegen erstfällige Hypothekendarlehen in Höhe der kapitalisierten Hauszinssteuer zur Verfügung, so würde die erste Schwierigkeit schon insofern entstehen, als völlig unbelastete Hausgrundstücke zur Zeit doch fast nicht vorhanden sind. Da aber die zur Deckung der Binnenmarkt erforderlichen Hypo-

theken unbedingt erstfällig sein müssen, ist es also unerlässlich, daß vorerst sämtliche an erster Stelle stehenden Hypothekengläubiger abgelöst, das heißt voll ausgezahlt werden. Diese Maßnahme wiederum würde auf verschiedene ernsthafte Schwierigkeiten stoßen: Im ersten Falle würden die ersten Gläubiger, deren Ansprüche sich unstreitig auf gute Goldmarkwährung stützen, sich begreiflicherweise mit Händen und Füßen gegen eine Rückzahlung in Binnenmark wehren. Im zweiten Falle würde der gewiß vielfach vorhandene zweite Hypothekengläubiger, der beispielsweise eine zweite Hypothek in Höhe von 5000 M hinter einer ersten von, nehmen wir an, 3000 M gegeben hat, sich mit seiner zweiten Hypothek doch nunmehr keinesfalls freiwillig hinter die erwähnte Reichshypothek stellen wird, die möglicherweise in Höhe von 10 000 M vor seinen Ansprüchen entstehen kann. Also auch hier wieder viele Schwierigkeiten.

Der Artikelschreiber meint nun, dieses Rückzahlungsrecht in Binnenmark lasse sich durch Notverordnung erreichen. Sehen wir nun den Fall, die Reichsregierung würde tatsächlich eine derartige Verordnung, die übrigens größtenteils gegen Treu und Glauben verstößen würde, erlassen, so sähen wir als nächste Folge vorerst einen ganz beträchtlichen Teil des neugeschaffenen Geldes nicht, wie beflagter Plan groß ankündigt, auf den Baumarkt abfließen, sondern in die Hände der abzulösenden bisherigen ersten und eventuell zweiten Hypothekengläubiger. Damit wäre aber schon der Erfolg des ganzen Vorschlages, nämlich Anfurberung der Wirtschaft durch Belebung des Baumarktes, mindestens stark in Frage gestellt. Was würden aber nun die Hypothekengläubiger mit dem ihnen plötzlich aufgebrängten Gelde, das ihnen doch sehr zweifelhaft erscheinen muß, anfangen? Bestehen aber erst einmal Zweifel in die Bonität einer Währung, so sucht man sich erfahrungsgemäß ihrer schnellstens zu entledigen, wie uns gegenwärtig das Beispiel des englischen Pfundes lehrt. Als erste Folge zeigt sich die Flucht in die Sachwerte. Solche Ankäufe verursachen ein Anziehen der Preise, dieses wiederum ein Ansteigen der Löhne; die Flucht vor der Binnenmark nimmt ihren Fortgang. Wer aber sich seiner Varmittel nicht gänzlich entblößen will, wird versuchen, sein Geld in Reichsmark umzutauschen. Schon besteht ein Gegensatz zwischen Reichsmark und Binnenmark. Weil die breiten Massen zwangsläufig nicht in den Besitz von Reichsmark gelangen können, wird nach kurzer Zeit jedermann wissen, daß die Reichsmark etwas besseres ist als die Inlandsmark. Die Jagd nach der Reichsmark setzt ein. Sind wir aber erst einmal auf dieser schiefen Ebene angelangt, so ist die Inflation der Binnenmark nicht mehr aufzuhalten.

Diese Dinge sind selbst dem Laien geläufig, um so mehr müssen sie dem Volkswirtschaftler bekannt sein. Propagiert er trotzdem einen solchen Plan, so kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, daß hier bewußt auf eine neue Inflation hingearbeitet wird. Mindestens ist aus dem Punkt e) der zur Durchführung des Vorschlages geforderten Notverordnung zu ersehen, daß der Verfasser selbst derartige Befürchtungen hegt. Dieser Punkt lautet:

„Der Staat behält sich vor, die Auszahlung der Hypothekendarlehen ratenweise vorzunehmen, damit nicht plötzlich zu viel Geld in den Verkehr gebracht wird und dadurch eine zu plötzliche Wirtschaftsumstellung (Dies Inflation. D. B.) entsteht.“

Daß bei einer Geldentwertung lediglich die Arbeiter-schaft die Leidtragende ist, haben wir während der letzten Inflation zu Genüge erfahren. Erinnern wir uns doch der Methoden der deutschen Schwerindustrie, die in gewissem Maße Urheberin, in höchstem Maße aber Nutznieherin der Inflation gewesen ist: Sie sorgte sich ungeheure Summen zusammen, teils beim Staate, teils von privater Seite, zu einem nicht unbeträchtlichem Teile durch Ausgabe eigenen Notgeldes, schaffte damit riesige, wertbeständige und produktive Anlagen, um schließlich die entstehenden Beträge in völlig entwertetem Gelde zurück-zuzahlen.

Im Prinzip und in seinem schließlichen Endzweck ist also dieser, in den Handwerkerzeitungen so warm empfohlene Vorschlag nichts anderes als die Propagierung einer abermaligen Geldentwertung, jenes schauerlichen Zustandes, den unser Volk erst vor wenigen Jahren durchgemacht hat.

Die berufliche Arbeitslosigkeit steigt weiter

Unsere Erhebungen zeigen für Ende September eine weitere Verschlechterung der Geschäftslage im Maler- und Lackierergewerbe. In 160 Filialen mit 53 226, davon 125 weiblichen Mitgliedern, die rechtzeitig berichteten, wurden am Stichtage (26. September) 33505 männliche und 34 weibliche, zusammen 33 539 arbeitslose Mitglieder ermittelt. Das sind 63% der Gesamtmitglieder und bei Abrechnung der 6896 in den erfahrenen Filialen organisierten Lehrlinge 72,4 von jedem Hundert der Gehilfenmitglieder. Damit sind wir nahe an den Stand vom Jahreschluss 1930 (62,5 beziehungsweise 73,2%) herangekommen. Wenn die Steigerung naturgemäß etwas langsamer vor sich gegangen ist als in den zurückliegenden Monaten, sollte sie die verantwortlichen Instanzen des Reiches und der Länder doch veranlassen, beschleunigt aus dem Stadium der Beratungen herauszukommen und zu erfolgversprechenden Maßnahmen auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung überzugehen — bevor es zu spät ist.

Monat	Es berichteten Filialen		Mitgliederzahl in den berichtenden Filialen am Schlusse des Monats		Arbeitslose Mitglieder am Schlusse der letzten Woche des Monats		Auf je 100 Mitglieder ermittelte arbeitslose Mitglieder am Schlusse der letzten Monatswoche	
	1930	1931	1930	1931	1930	1931	1930	1931
Januar	170	166	57 043	53 977	26 956	36 189	55,7	77,8
Februar	171	172	59 031	56 468	29 168	36 890	58,3	76,8
März	169	161	58 098	55 058	22 185	31 926	45,5	67,9
April	170	160	57 321	55 447	17 272	28 714	36,0	60,6
Mai	154	168	57 629	55 781	14 148	26 441	29,3	56,4
Juni	153	162	56 720	51 968	15 255	25 106	31,2	56,8
Juli	164	160	56 456	53 737	19 135	28 286	39,4	60,3
August	159	161	56 736	53 034	20 830	31 776	42,5	68,9
Septemb.	169	160	58 156	53 226	21 913	33 539	43,8	72,4
Oktober	160		55 848		24 834		52,1	
Novemb.	166		57 348		30 526		62,2	
Dezember	169		56 858		35 519		73,2	

In etwas geringerem Maße ist die Kurzarbeit gestiegen. Von ihr wurden zur Zeit der Erhebung 5,9% der männlichen Mitglieder gegen 5,6% am Ende des Vormonats und 34,4% der weiblichen Mitglieder (gegen 24%) betroffen. Es arbeiteten verkürzt: 1702 männliche und 16 weibliche Beschäftigte bis zu 8 Stunden, 301 männliche und 7 weibliche Beschäftigte um 9 bis 16 Stunden, 346 männliche und 7 weibliche Beschäftigte um 17 bis 24 Stunden und 362 männliche und 13 weibliche Beschäftigte um mehr als 24 Stunden die Woche. Für die Lage des beruflichen Arbeitsmarktes ist bezeichnend, daß fast alle Landesarbeitsämterbezirke gleich betroffen werden. Schwankungen zwischen 64 und 81% spielen bei einer Arbeitslosigkeit von diesem Ausmaße keine allzu erhebliche Rolle.

Die Filialen Elbing, Emden, Forst, Friedberg, Greif, Lahr, Marburg, Mors, Neuwied, Pforzheim, Wesel und Worms haben die Berichtskarte für September, die Filialen Aschaffenburg, Bamberg, Sindenburg, Sirschberg, Pirmasens, Schneidemühl, Trier und Weiden auch für den Monat August nicht rechtzeitig eingesandt. Diese öffentliche Mahnung soll zu pünktlicher Berichterstattung — spätestens bis zum nächsten Tage des neuen Monats — veranlassen.

Etwas günstiger als die Arbeitslosigkeit zeigt sich die Geschäftslage in den zum Konjunkturbericht zugelassenen Betrieben. In den 124 Malereibetrieben aus 40 Filialen sind im September 451 Kollegen neu ein-

Das Größte, Kleinste, Schnellste usw.

Deutschland in Superlativen.

Der nördlichste Punkt Deutschlands liegt in Ostpreußen im Kreise Niederung.
 Der südlichste Grenzpunkt liegt im Bezirksamt Gonthofen im bayrischen Allgäu.
 Der westlichste Grenzpunkt liegt im rheinischen Kreise Heinsberg.
 Der östlichste Grenzpunkt wieder in Ostpreußen, und zwar im Kreise Pillkallen.
 Nordwärts erstreckt sich Deutschland über 819 Kilometer, westwärts über 1155 Kilometer einschließlich des pelarischen Korridors mit 82 Kilometer.
 Der höchste Punkt Deutschlands ist die Zugspitze mit 2963 Meter über dem Meerespiegel.
 Der tiefste Punkt Deutschlands ist der Ort Uphen in Ostpreußen; er liegt 110 Meter unter dem Meerespiegel.
 Die größte deutsche Quelle ist der Rhumesprung im Eichsfeld mit 400 Liter Wasser in der Sekunde.
 Der größte in Deutschland entspringende Strom ist die Denau mit einer Gesamtlänge von rund 200 Kilometern.
 Der größte nur auf deutschem Gebiet fließende Strom ist die Heide, 710 Kilometer lang.
 Der größte See an dem Deutschland grenzt, ist der Bodensee, der 38 Quadratkilometer Flächeninhalt hat.
 Der größte See in Deutschland ist der Müritzer in Potsdam mit 138 Quadratkilometer.
 Die größte deutsche Insel ist die Insel Rügen in der Bucht von Pommern mit 1618 Quadratkilometer Flächeninhalt und etwa 200 000 Einwohnern.
 Die größte deutsche Stadt ist Berlin mit rund 2 500 000 Einwohnern. Es bedeckt eine Fläche von 710 Hektar.
 Die kleinste deutsche Stadt ist Hauenstein in Baden mit 15 Einwohnern in 32 Häusern.
 Der größte Wirtschaftsbetrieb der Welt ist die Deutsche Reichsbahn.

Um den größten Bahnhof streiten sich Leipzig und München. Baulich ist der Leipziger Bahnhof wohl größer, er hat aber nur 26 Gleise, während der Münchener Bahnhof 32 Gleise hat.
 Der technisch modernste Bahnhof der Reichsbahn ist Hamm in Westfalen, auf dem täglich etwa 9000 Güterwagen abgefertigt werden können.
 Der höchste Bahnhof der Reichsbahn, der mit Normalspurbahnen erreicht werden kann, ist der Bahnhof Bärenthal der Dreieisenbahn im Schwarzwald in 967 Meter Höhe.
 Der schnellste deutsche Zug verkehrt zwischen Hamm und Hannover, er erreicht 90,7 Kilometer Stunden-geschwindigkeit.
 Deutschlands höchste Bahn ist die deutsche Zugspitzbahn, die bis 2930 Meter emporfährt.
 Deutschlands höchste Fahrradbahn ist die Bahn auf den Wendelstein bis 1724 Meter Höhe.
 Die schnellste Bergbahn Deutschlands ist die Seilbahn, die in Stuttgart zum Waldfriedhof führt.
 Die Schwebebahn im Wuppertal, die die Stadtteile Elberfeld und Barmen der Stadt Wuppertal miteinander verbindet, ist die einzige dieser Art in der ganzen Welt!
 Der modernste deutsche Untergrundbahnhof — gleichzeitig der modernste der ganzen Welt! — ist der Bahnhof Alexanderplatz in Berlin.
 Der längste deutsche Tunnel ist der Kaiser-Wilhelm-Tunnel der Roselbahn.
 Deutschlands größter Hafen ist der Hamburger Freihafen, den jährlich über 8700 Schiffe verlassen. Das ist eins in jeder Stunde!
 Der größte Binnenhafen der Welt ist der Hafen in Duisburg-Ruhrort an der Mündung des Dortmund-Rhein-Kanals in den Rhein.
 Deutschlands größte Seeschleuse ist die Schleuse in Bremerhaven, deren Schließentammern 372 Meter lang sind.
 Das größte Trockendock Deutschlands wurde für die „Bremen“ und die „Europa“ in Bremerhaven geschaffen.

Es ist 335 Meter lang und damit das zweitgrößte Europas.
 Die einzigen Schiffe, die auf dem Lande fahren, gibt es in Ostpreußen. Dort sind im Bann des Oberländischen Kanals zwischen Elbing und Osterode so große Höhenunterschiede zu überwinden, daß Schleusenbetriebe nicht genügen. Die Schiffe werden deshalb streckenweise in Eisengestellen auf Schienen befördert.
 Das höchste deutsche Gebäude und gleichzeitig der höchste Funkturm der Welt ist der Hauptturm der Funkstation Nauen mit 268 Meter.
 Der höchste Kirchturm der Welt ist der des Ulmer Münsters (161 Meter).
 Der höchste europäische Schornstein ist der des Leipziger Fernheizwerks, der mit 156 Meter die Höhe des Kölner Doms erreicht.
 Das größte deutsche Bauwerk ist das Heidelberger Schloss, das eine Fläche von 60 000 Quadratmeter bedeckt.
 Die größte Kuppel der Welt ist die der Breslauer Jahrhunderthalle, deren Eisenbetonwölbung 66 Meter freie Spannweite hat.
 Der größte europäische Milchhof wurde 1930 in Nürnberg in Betrieb genommen. Er gehört der Bayerischen Milchversorgungsgesellschaft.
 Die modernste Badeanstalt Europas wurde im gleichen Jahre in Berlin in Betrieb genommen, das Stadtbad Mitte in der Gartenstraße.
 Das erste deutsche Krematorium ist das zu Gotha, dort fanden bereits 1878 die ersten Einäscherungen statt.
 Das modernste Warenhaus der Welt ist das Karstadthaus am Hermannplatz in Berlin-Neukölln.
 Der größte Speicher des europäischen Festlandes ist ein Silo in Königsberg. Er ist über 40 Meter hoch und faßt 60 000 Tonnen.
 Das älteste Gasthaus Deutschlands ist der „Riese“ in Miltenberg am Main.
 Den größten Stadtpark der Welt besitzt Hannover, die Eisenriede mit 665 Hektar.

gestellt und nur 357 Beschäftigte entlassen worden. Dadurch ist die Durchschnittszahl von 195 Beschäftigten Ende August auf 21,5, also wieder auf den Stand von Ende Juli gestiegen und die Bewertungsziffer mit 3,24 um zehn Punkte günstiger geworden.

Table with 8 columns: Monath, Betriebe, Beschäftigte, Beurteilung (gut/schlecht), Bewertungsziffer. Rows for months from September 1930 to September 1931.

Mit dem Beginn des Herbstes mehren sich die Betriebe, die zum Zwecke der Arbeitsstreckung schon vor dem tariflich festgesetzten Termin zur Einführung der Kurzarbeit übergehen.

Ein gefährliches Schlagwort

In Deutschland wird seit einigen Wochen das Schlagwort „nationale Selbsthilfe“ in allen Varianten heruntergeliefert. Wie bei allen Schlagworten versteht jeder etwas anderes darunter.

Der Nationalist reinsten Wassers versteht unter nationaler Selbsthilfe Abbruch der auf Zusammenarbeit gerichteten Beziehungen mit den ausländischen Staaten und Zerreißung internationaler Verträge.

Der Friede unter den Völkern ist eine Fiktion auf schwankendem Boden. Die Spuren eines solchen Weltunglücks wie der Krieg lassen sich nur allmählich verwischen.

Wirtschaftliche Selbstgenügsamkeit, wofür man meistens das griechische Wort Autarkie anwendet, ist das Ziel anderer einflußreicher Gruppen.

die wir erhöhen, fließen so spärlich, daß wir große Mengen zur Bedarfsdeckung einführen müssen. Die Bewertung unserer großen Industrieanlagen, die Beschäftigung von rund 15 Millionen Industriearbeitern ist also nur möglich, wenn wir Rohstoffe und Halbfabrikate einführen.

Doch ein anderer Teil gleichgesinnter Zeitgenossen will die Einfuhr von Lebensmitteln verhindern. Wie steht es damit? Wir hatten in der Zeit des Krieges und der Inflation schon einige Male Gelegenheit, die Selbstversorgung der städtischen Bevölkerung aus der einheimischen Landwirtschaft kennenzulernen.

Aber neben dem ist noch etwas anderes beabsichtigt. Unter dem Deckmantel nationaler Selbsthilfe plant man den Abbau aller sozialen Einrichtungen.

Hierin offenbart sich die Gefährlichkeit des hier zur Behandlung stehenden Schlagwortes. Man beabsichtigt nicht eine Selbsthilfe mit gleichen Opfern bei allen Bevölkerungsschichten als eine Art Zwischenschritt durchzuführen.

Der Todesstoß für die Bauwirtschaft

Der vierte Teil der Notverordnung vom 6. Oktober enthält auf dem Gebiete des Wohnungsbaues einschneidende Veränderungen. Die Hauszinssteuer, das Rückgrat der bisherigen Finanzierung des Kleinwohnungsbaues, wird vom 1. April 1932 an um 20 % gesenkt.

Eine Senkung der Miete tritt nicht ein. Die Senkung der Hauszinssteuer erstreckt sich nur auf den vom Hausbesitzer an die Steuerkassen abzuführenden Betrag.

Das Aufkommen der Hauszinssteuer dürfte für das Jahr 1932 unter Berücksichtigung der Besetzungen für wirtschaftlich schwache Mieter und für Ausfälle durch Leerstehen von großen Wohnungen und durch die Senkung von 20 % noch rund 1 Milliarde Mark betragen.

zweigung vorgesehen, so daß insgesamt rund eine halbe Milliarde Mark zur Umschuldung zur Verfügung steht. Der Rest des Hauszinssteuer-Aufkommens von etwa 800 bis 900 Millionen Mark wird voraussichtlich restlos für den allgemeinen Finanzbedarf Verwendung finden.

Für den städtischen Wohnungsbau will die Regierung keine Mittel mehr zur Verfügung stellen. Nach § 1 Kapitel 2 Teil 4 sollen hauptsächlich nur die landwirtschaftliche Siedlung, die Kleinsiedlung in der Umgebung von Städten und Industriegemeinden (vorstädtische Kleinsiedlung) und die Bereitstellung von Kleingärten für Erwerbslose mit dem verbleibenden Wohnungsanteil der Hauszinssteuer gefördert werden.

Das erforderliche Land soll, sofern es nicht freihändig erworben werden kann, gegen angemessene Entschädigung zur Enteignung kommen.

Die neu zu schaffenden Kleinsiedlungsstellen oder Kleingärten sollen nur an solche Bewerber vergeben werden, die persönlich geeignet sind, während einer gewissen Mindestzeit an der Ausschließung und an der Errichtung der Baulichkeiten mitgearbeitet haben und die weiter sich einer Beratung für die Bewirtschaftung des Grundstückes unterwerfen und sich zu einem genossenschaftlichen Zusammenschluß, insbesondere für den Absatz der Erzeugnisse verpflichten.

Nach dem § 4 des Kapitels 2 gelten die Arbeiten zur Ausschließung des Geländes und zur Errichtung der notwendigen Baulichkeiten als gemeinnützig und zusätzlich im Sinne des § 139a des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Danach soll also der größte Teil dieser Arbeiten, insbesondere auch alle Bauarbeiten, im freiwilligen Arbeitsdienst durchgeführt werden.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß in dem Teil 4 der Notverordnung den Hausbesitzern mit der Senkung der Hauszinssteuer ein Millionengeld geschenkt, gleichzeitig aber dem städtischen Wohnungsbau die letzte Mark von billigem Baugeld entzogen wird.

Brennsumfälle

Rönigsberg. Bei Ausführung von Anstricharbeiten eines Bahnviadukts ereignete sich hier ein größerer Unfall, bei dem 7 Malergehilfen teilweise schwer und leicht verletzt wurden.

Gewerkschaftliches

Auch die englischen Gewerkschaften fordern die 40-Stunden-Woche.

Der 60. Kongreß des britischen Gewerkschaftsbundes (T. U. C.) fiel in eine für Großbritannien, wirtschaftlich und politisch gesehen, sehr ernste Zeit.

Bereinstell

Eingefandte Gelder vom 1. Oktober 1931 bis Quartalschluß

Eingefandt haben: Aachen 250 M, Alschaffenburg 200, Bayreuth 200, Berlin 8000, Bernburg 182,01, Bochum 260, Brandenburg 250, Braunschweig 1000, Breslau 1500, Buzlau 80, Celle 334,56, Crimmitschau 250, Cuxhaven 372,27, Darmstadt 1200, Detmold 148, Deutsch-Krone 50, Dresden 4907,75, Duisburg 150, Eisenberg 125,20, Erfurt 1153,27, Eschwege 278,43, Finsterwalde 261,46, Forst 250, Frankfurt a. d. Ober 768,66, Fürstenwalde 30,09, Gera 550, Göttingen 828,79, Grünberg 70, Hamm 70, Heilbronn 62,47, Herford 550, Hirschberg 100, Hoyerswerda 241,90, Jena 100, Jüterbog 100, Jüterbog 62, Rattowis 82,60, Kiel 950, Koblenz 200, Koburg 100, Kolberg 130, Königsberg 2000, Königsbrunn 89,85, Konstanz 117,08, Köslin 170, Krefeld 207, Kulmbach 82,87, Lauenburg 211,83, Liegnitz 120, Lindau 62,38, Lörrach 325,60, Lützenwalde 268,69, Magdeburg 1500, Mainz 836,15, Melle 148,70, Mühlheim 60, Neife 158, Neumünster 500, Neustettin 76,02, Neustrelitz 100, Neuwied 93,60, Niesky 343,23, Nordhausen 500, Osnabrück 150, Passau 36,10, Pforzheim 150, Pirmasens 133,65, Plauen 908,67, Potsdam 500, Prenzlau 150, Rathenow 200, Reichenbach 358,05, Rendsburg 183,36, Rostock 800, Sagan 69,82, Schleswig 70, Schwabitz-Gmünd 58,16, Schönerlin 200, Senftenberg 130,91, Singen 13,31, Sorau 150, Spremberg 150, Straßfurt 215,48, Waldburg 350, Weimar 350, Wefel 10, Wilhelmshaven 800, Wismar 50, Wittenberge 144,75, Wolfenbüttel 49,16, Würzburg 1200, Zeitz 290,07, Zwickau 398,05.

L. Ringel, Kassierer.

Wirtschaftspolitik

Die internationalen Arbeitgeberverbände.

Es gibt zahlreiche internationale Verbindungen der Unternehmer — so haben sich vor kurzem auch die Bäckermeister international zusammengeschlossen — aber nur einen allumfassenden Arbeitgeber-Verband, der sich mit sozialpolitischen Fragen beschäftigt. Der Internationale Verband der industriellen Arbeitgeber vereinigt die Landesverbände der gewerblichen Arbeitgeberorganisationen zahlreicher Länder. Er umfaßt fast alle europäischen und mehrere überseeische Staaten. Er hat sich das gemeinschaftliche Studium der sozialen Probleme zum Ziel gesetzt, namentlich die Prüfung und Vorbereitung aller Fragen, mit denen sich die Internationale Arbeitskonferenz und das Internationale Arbeitsamt befassen oder befassen könnten. Der Internationale Unternehmerverband hat seinen Sitz in Brüssel. Die Internationale Organisation der landwirtschaftlichen Arbeitgeber hat sich aufgelöst und ihre Tätigkeit dem Hauptverband der Unternehmer übertragen. — Man sieht, daß auch die Unternehmer die internationale Zusammenarbeit zu schätzen wissen. In ihrem Lande sind sie meist national bis auf die Knochen. Aber sobald es gilt, eine geschlossene Abwehr gegen die Arbeiterforderungen zu organisieren, so sind sie in demselben Augenblick auch international eingestellt.

Vom 18. Okt. bis 24. Okt. ist die 43. Beitragswoche. Vom 25. Okt. bis 31. Okt. ist die 44. Beitragswoche.

Arbeitsgerichtliches

Wichtiges Urteil des RAG.

Beim nachträglichen Verzicht auf den Tariflohn kommt es bei der Frage des wirtschaftlichen Drucks nicht darauf an, ob der Verzicht stillschweigend oder in einer besonderen Ausgleichsquittung abgegeben ist. Hat der Arbeitgeber den Arbeitnehmer zur Unterschriftsleistung unter die Ausgleichsquittung durch ungebührlichen Druck veranlaßt und war ihm die Befolgung des Arbeitnehmererkenntnis erkennbar, er habe bei Nichtunterzeichnung wirtschaftliche Nachteile zu fürchten, so ist der Verzicht unwirksam. Insbesondere widerspricht es Treu und Glauben innerhalb eines tariflich geordneten Arbeitsverhältnisses, dem Arbeitnehmer mit einer Folge laufend ausgesetzter Ausgleichsquittungen die ihm tariflich gewährten Rechte durch Ausübung wirtschaftlichen Drucks zu entziehen, um sich damit einen Vorprung in der Lohnlast vor tariftreuen Wettbewerbern zu sichern. — Reichsarbeitsgericht vom 6. Juni 1931 — RAG. 639/30 — amtl. Samml. Bd. 8, S. 299.

Aus den Gründen: ... Das Reichsarbeitsgericht hat von Beginn seiner Rechtsprechung an (RAG. Bd. 1, S. 118 und S. 187 — Spruchf. 1928 Nr. 1 — Beilage v. 15. 10. 1928) zu dieser Frage entscheidenden Wert darauf gelegt, ob die Verzichtserklärung des Arbeitnehmers unter einem dem Arbeitgeber erkennbaren wirtschaftlichen Druck abgegeben ist. Zunächst ist dieser Gesichtspunkt in Fällen hervorzuheben worden, in denen zur Beurteilung stand, ob in der stillschweigenden Annahme untertariflichen Lohns seitens des Arbeitnehmers, der seine Tarifrechte kennt, ein wirksamer Verzicht zu finden sei. Für den Fall ausdrücklicher Willenserklärung ist zuerst in den Urteilen vom 15. Dezember 1928 RAG. 238/28 und vom 27. November 1929 RAG. 293/29 (Spruchf. 1930, 115) der gleiche Standpunkt eingenommen worden. Nachdem dann die Urteile vom 13. Dezember 1930 RAG. Bd. 7, S. 143 (auszugsweise Spruchf. 1931, S. 104 in Ann.) und vom 10. Januar 1931 RAG. 382/30 (Spruchf. 1931, 35) von dieser Auffassung in einigem abgewichen waren, hat die neueste Rechtsprechung (Urteil vom 14. Januar 1931 RAG. 649/30, Spruchf. 1931, 102 ff.) das Urteil RAG. 456/30 vom 18. April 1931 (RAG. Bd. 8, S. 204, und die am gleichen Tage ergangenen im RAG. 557/30, 618 und 691/30) klar ausgesprochen, es komme für die Frage der Einwirkung des wirtschaftlichen Drucks nicht darauf an, in welcher Erklärungsform der Verzicht abgegeben sei, sofern ein nach den Umständen ungebührlicher Druck ausgeübt ist und die Umstände die Befolgung des Arbeitnehmererkenntnis auch dem Arbeitgeber erkennbar machten, er habe bei Nichtabgabe der Verzichtserklärung besondere Nachteile zu erwarten. Die Anknüpfung der tariflichen Arbeitsnorm, wie vielfach das gesetzlich zwingende Sozialrecht, dient dem Schutz des Arbeitnehmers gegen Verschlechterung der gesetzlichen Arbeitsbedingungen im Wege der durch wirtschaftlichen Druck beeinflussten Einzelabrede. Der Berufungsrichter geht von einer rechtsirrigen Auffassung aus, wenn er meint, der Arbeitgeber, der sich doch an die ausdrückliche Einzelabrede hält, könne in deren Durchsetzung nicht gegen Treu und Glauben verstoßen. Er verkennt damit die Bedeutung des zwingend bestimmten Schuldrechts. Seiner nachträglichen Abdingung durch vereinbarten Verzicht steht das Gesetz (die Unabdingbarkeit des Tarifvertrages) nicht unmittelbar entgegen, mag auch ein wirtschaftlicher Druck mit im Spiele sein, sofern er die durch die §§ 138, 123 BGB. gezogenen Grenzen nicht erreicht. Es ist aber eine andere Frage, ob es Treu und Glauben innerhalb eines tariflich geordneten Arbeitsverhältnisses entspricht, dem Arbeitnehmer mit einer Folge angezwungener Ausgleichsquittungen oder ähnlicher Mittel die ihm tarifvertraglich und damit durch zwingendes Arbeitsvertragsrecht gewährten Rechte durch Ausübung wirtschaftlichen Drucks planmäßig wieder zu entziehen, um sich damit zugleich einen Vorprung in der Lohnlast vor solchen Wettbewerbern zu sichern, die den Tarifvertrag in seinem Geiste erfüllen.

von der Regierung unter Protest der Gewerkschaften veräumte Ratifizierung der Washingtoner Konvention über den Achtstundentag, die Lohnfrage, die Ueberführung der Schlüsselindustrien in gemeinwirtschaftliche Betriebe, um Aufrechterhaltung der Arbeitslosenunterstützung oder um die alte Forderung der Abschaffung des Anti-Gewerkschaftsgesetzes handeln mochte. In der Arbeitszeitfrage wurde durch eine Entscheidung, die sich die Begründungen der internationalen Gewerkschaftsbewegung voll zu eigen macht, Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden gefordert. Dem auch in England von den Unternehmern betriebenen Lohnabbau werden die Gewerkschaften schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Sie sind sich bewußt, hier auf internationalen Boden zu kämpfen und Bestrebungen abzuwehren, die zu einem Wettlauf aller Staaten auf dem Gebiete der Lohnherabsetzung führen müßten. Die industriell am meisten fortgeschrittenen Länder auf dem Niveau der am schlechtesten bezahlten und kulturell am weitesten zurückgebliebenen Länder herabdrücken zu lassen, ohne der Wirtschaft nur im geringsten etwas zu helfen, wird mit allen Mitteln verhindert werden.

Vom Parlament der Angestellten.

Der 4. All-Gewerkschaftskongress, der vom 5. bis 7. Oktober im Leipziger Volkshaus tagte, beschäftigte sich nicht nur mit dem Geschäftsbericht des Bundesvorstandes, erstattet von Aufhäuser und Stähr, sondern nahm auch zu wichtigen aktuellen allgemeinen Fragen eingehend Stellung. Den Höhepunkt der Tagung bildete der Vortrag von R. Silberding über Gesellschaftsmacht oder Privatmacht über die Wirtschaft. Ein weiteres Referat von grundlegender Bedeutung: Ideologie und Taktik der Angestelltenbewegung hielt der Vorsitzende Aufhäuser. Der Kongress verlief in jeder Weise befriedigend. Von der einmütigen Auffassung der Kongressteilnehmer zeugte auch die einstimmige Wiederwahl des bisherigen Vorstandes.

Tarifforderungen in der Metallindustrie.

In der deutschen Metallindustrie sind im ganzen 244 Lohnstarife und 98 Manteltarife nebst Arbeitszeitabkommen gekündigt worden. Von den Lohnkündigungen werden rund 660 000 Arbeiter, von den Ründigungen der Manteltarife 123 000 Arbeiter betroffen. Die Unternehmer verlangen vor allem einen Abbau der Löhne, teilweise bis zu 35 %. Wer jetzt noch nicht das Notwendigste: die Stärkung der gewerkschaftlichen Front in Deutschland, einseht, dem ist nicht zu helfen.

Sozialpolitisches

Ein internationaler Ritt.

Die Sozialpolitik hat sich als ein fester Ritt über die Landesgrenzen hinaus erwiesen. Die durch den Verfallener Vertrag geschaffene Internationale Arbeitsorganisation steht sich heute bereits aus 55 Staaten zusammen. Das Internationale Arbeitsamt dürfte zu den größten Postempfängern der Welt gehören. Allein an die europäischen Industriestaaten wurden im Jahre 1930 20 303 Briefe geschickt. Von den gleichen Ländern gingen 26 434 Briefe ein. In diesen Massenlieferungen mit der Post zeigt sich die außerordentlich hohe Bedeutung der Sozialpolitik im internationalen Rahmen. Ehemals wurde die Internationale der Arbeiter verlacht und verspottet, heute besteht ein Amt mit ähnlichen Aufgaben für fast alle Länder der Erde.

Die Miete — eine steigende Belastung des Arbeitseinkommens.

Man war vielfach der Meinung, daß der Mieterlohn in der Nachkriegszeit den Anteil der Miete an den Ausgaben des Arbeiter- und Angestelltenhaushaltes erheblich verminderte. Diese Tatsache besteht heute nicht mehr, einmal weil die Mieten in den Altbwohnungen in den letzten Jahren ständig erhöht wurden, zum andern, da die Zahl der Arbeiter und Angestellten, die in mit öffentlichen Zuschüssen gebauten Neuwohnungen wohnen, ständig zunimmt. Neben 8 Millionen Altbwohnungen bestehen zur Zeit im Deutschen Reich 2 Millionen Neuwohnungen, in denen die Miete trotz der Verbilligung durch staatliche Zuschüsse unvergleichlich höher ist als in den Altbwohnungen. Im letzten Vierteljahrsheft der „Wirtschaftskurve“ werden aufschlußreiche Berechnungen über die Höhe des Mieteanteils an den Ausgaben der Arbeiter- und Angestelltenhaushaltungen mitgeteilt. Vor dem Kriege hat ein Haushalt gewöhnlich 15 bis 17 % des Einkommens (nicht, wie irrtümlich behauptet wird, 20 bis 25 %) für Miete ausgegeben. Nach der Steigerung der Mieten in den Altbwohnungen muß der Arbeiter oder Angestellte heute für Miete in den Altbwohnungen genau denselben Teil seines Einkommens verwenden wie vor dem Kriege. Die Haushaltungen, die in Neuwohnungen leben, müssen dagegen einen viel größeren Teil ihres Einkommens für Miete verwenden als in der Vorkriegszeit. In den Angestelltenhaushaltungen beträgt der Mieteanteil an den Gesamtausgaben der Haushaltungen in Neuwohnungen, die mit Hauszinsfremitteln erbaut wurden, für Angestellte mit niedrigem Gehalt 7 bis 10 % des Einkommens, in Wohnungen, die außer Hauszinsfremitteln auch mit Zuzugshypothek gebaut wurden, 22 bis 28 %. Angestellte mit höherem Gehalt müssen in der ersten Gruppe von Neuwohnungen 24 bis 36 %, in der zweiten Gruppe 22 bis 28 % ihres Einkommens für Miete verwenden. Noch schlimmer ist es in den Arbeiterhaushalten, die je nach der Lohnklasse in Neuwohnungen mit Hauszinsfremitteln 28 bis 45 %, in Neuwohnungen mit Hauszinsfremitteln und Zuzugshypothek 22 bis 32 % ihres Einkommens für Miete ausgeben müssen.

Werft die gelesenen „Maler“ nicht fort! Gebt sie den Unorganisierten!

Literarisches

Praxis des Arbeitsschutzes und der Gewerbehygiene. Von Hermann Eibel, Dr. Meyer-Wobnitz und Ludwig Pfeiffer. Umfang 228 Seiten, mit 42 Zeichnungen im Text und 5 Tabellen in besonderer Tafel. Berlin 1931. Preis in Leinen gebunden 3,50 M. Organisationspreis 2,60 M. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, m. b. H., Berlin S 14, Fintelstr. 6a. Der Arbeitsschutz und die Gewerbehygiene im Betriebe hat große praktische Bedeutung erlangt. Deshalb ist der besondere Wert des Buchleins darin zu suchen, daß die drei Autoren — der Ingenieur, der Arzt und der Arbeitsrechtler — sich zusammengetan haben, um die technische, die hygienische und die arbeitsrechtliche Seite dieses Wissensgebietes darzustellen. Das vorliegende Buch ist ein Leitfadensbuch, das in lebendiger Darstellung und strenger Gliederung alles Notwendige für den Betriebsfunktionär bringt und seine Rechte und Aufgaben bei der Durchführung des Arbeitsschutzes im Betriebe enthält. Dem auch Bilderzeichnungen enthaltenden Buch ist ein zweifach eingeteiltes Tabellenwerk beigegeben, das eine schnelle Uebersicht über alle in Betracht kommenden gesetzlichen Bestimmungen ermöglicht. Auch dies bedeutet eine bisher noch nicht vorhandene wertvolle Neuerung für die Praxis. Das Oktoberheft der Zeitschrift „Die Bücherliste“ enthält werbende Artikel, die Sagenen der Wüchergilde Gutenberg und eine Aufzählung aller bisher erschienenen Werke der Wüchergilde einschließen. Zeitschrift für gesundheitsliche Lebensführung des „Vereins der Arbeiter“: Hauptverband deutscher Krankentagel e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 17. Umstände, die eine Ehe unglücklich machen und deren Behebung. Von Dr. med. H. S. S. Preis 2 M. Bruno Willens Verlag in Hannover. Unter Mitwirkung von Frau Dr. oec. publ. S. S. hat der bekannte Verfasser über diese recht schwierige Thema einen verständlichen, wohlgemeinten Ratgeber geschrieben, der den Weg zu einer glücklichen, harmonischen Ehe zeigt. Politik und Bildung. Hundert Jahre Arbeiterbildung. Von Heinrich Schulz. 1931. Verlag F. S. B. Dieckhoff, G. m. b. H., Berlin. 1,60 M. Die Sozialdemokratie erscheint in dieser Schrift als die Trägerin einer neuen großen Kulturbewegung. Von der Schrift geht eine große werbende Kraft aus. Naturfreunde-Bildatlas der 1932. Daß die Naturfreundebewegung die Förderung aller Arbeiter und Arbeiterorganisationen wegen ihrer regenreichen Tätigkeit erfahren sollte, beweisen erneut die Bilder des schönen Naturfreunde-Bildatlas, der zum Preise von 1,50 M. von allen Naturfreunde-Ortsgruppen und Volkshandlungen zu beziehen ist. Der Naturfreunde-Verlag, Nürnberg-W., Gundersbühlstraße 5, liefert gegen Voreinsendung von 1,50 M. zuzüglich 30 S. Bestellgeld den Katalog. Ratgeber für die Arbeitlosenversicherung. Gemeinverständlich dargestellt von Friedrich Kieck, Bürgermeister in Wüchergilde. Heft 8 von Wüchergilde-Schriften. 6. Auflage (25. bis 28. Laufend) 48 Seiten. Verlag Friedrich W. Wüchergilde, Königstraße 26B. Einzelpreis 70 S., bei Partiebestedungen von zehn Stück an Ermäßigungen. Die Außenpolitik der Nationalsozialisten. Die Schrift ist eine hervorragende Materialsammlung und ein unentbehrliches politisches Werkzeug für jeden Interessierten. Verlag der N. P. Korrespondenz, Berlin NW 87, Stegmundshof 12. Preis 60 S.

Sterbetafel

Aachen. Am 5. Oktober starb unser langjähriges Mitglied W. Cöln (Invalide) im Alter von 62 Jahren. Bremerhaven. Am 28. September starb unser langjähriges Mitglied, der Kollege Hermann Wulf, im Alter von 61 Jahren. Dresden. (Zahlstelle Wilsdruff.) Unser Kollege, der Invalide Reinhold, starb am 29. September. Er war ein langjähriges, treues Mitglied. — Am 5. Oktober starb unser Kollege Otto Köbel im Alter von 65 Jahren. Frankfurt a. Main. (Zahlstelle Langen.) Am 19. September starb nach längerem Leiden der Kollege Philipp Hartmann im Alter von 38 Jahren. Hamburg. Am 6. Oktober starb unser langjähriges Mitglied, der Kollege Paul Gamlien, nach kurzer Krankheit im Alter von 33 Jahren. Mainz. Am 11. Oktober verstarb infolge eines Herzschlages eines unserer ältesten Mitglieder, der Invalide Wilhelm Pöcher, Hechtsheim, im Alter von 72 Jahren. Kollege Pöcher gehörte der Filiale seit ihrem Bestehen, also 35 Jahre, ununterbrochen an und war immer und überall ein für die Organisation tätiges Mitglied. Nürnberg. Am 14. Oktober ist der Kollege Josef Maywald, eingetreten am 1. August 1925 in Nürnberg, durch Freitod aus dem Leben geschieden. Ehre ihrem Andenken!